

Biosphärenreservat Spessart: Wie ein Naturpark, aber mit Personal und guten Fördermöglichkeiten

Ein Knackpunkt beim Biosphärenreservat ist die Kernzone, auf die sich alle einigen müssen – Das wurde bei einem Vortrag des Bund Naturschutz deutlich.



Foto: Patty Varasano | Bei einem Vortrag der Kreisgruppe des Bund Naturschutz machte Dr. Thomas Keller deutlich, woran es auf dem Weg zum Biosphärenreservat Spessart noch hängt.



Von Jürgen Kamm

26.03.2023 | aktualisiert: 26.03.2023 17:00 Uhr

[ARTIKEL VORLESEN](#)

Ein Biosphärenreservat ist wie ein Naturpark, aber mit mehr Fördermöglichkeiten und festem Personal. Die größten Hürden für ein Biosphärenreservat Spessart sind die nötige Kernzone und dass alle Gemeinden mitmachen müssen. So ließe sich der Vortrag von Dr. Thomas Keller in der Jahresversammlung der Kreisgruppe Main-Spessart des Bund Naturschutz in Bayern zusammenfassen. Keller leitet an der Regierung von Unterfranken das Sachgebiet für Naturschutz und hielt vergleichbare Vorträge auch schon bei der Bürgermeisterdienstbesprechung des Landkreises Main-Spessart und vor dem Bayerischen Gemeindetag. Beim Bund Naturschutz referierte er als Mitglied und Privatmann, sagte er.

Bekanntlich haben die Landkreise Aschaffenburg, Main-Spessart, Miltenberg und die Stadt Aschaffenburg eine Machbarkeitsstudie zu einem Biosphärenreservat Spessart in Auftrag gegeben. Diese ließ Thomas Keller weitgehend außen vor. Er berichtete auch von den Erfahrungen aus dem [Biosphärenreservat Rhön](#), das kurz nach der Wiedervereinigung ausgewiesen wurde und inzwischen über 243.000 Hektar in drei Bundesländern umfasst, davon fast 130.000 Hektar in Bayern. Zum Vergleich: Mindestgröße für neue Biosphärenreservate sind 150.000 Hektar, für das im Spessart sind 170.000 Hektar im Gespräch.

Keller sprach von Unterschieden in der Mentalität

Wesentliche Themen für ein Biosphärenreservat sind nachhaltige Landwirtschaft sowie regionale Produkte und Identität. Anders als bei einem Naturpark gibt es im Biosphärenreservat angestelltes Personal, die berühmten "Kümmerner", in der Rhön sind das derzeit sieben Stellen plus die Ranger. Und es ist wesentlich leichter, an Fördergelder zu bekommen.



Foto: Horst Schwemmer | Dr. Thomas Keller

So konnten in der Rhön mehrere Zentren für Umweltbildung geschaffen werden, etwa an der Thüringer Hütte und am Baiersberg.

Hier gibt es nach der Erfahrung von Thomas Keller auch Unterschiede in der Mentalität. Nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze stellten Bürgermeister Fragen wie "was können wir bekommen" und seien erfreut über Fördermöglichkeiten, im Spessart interessierte die Bürgermeister, was die Gemeinde an eigenem Geld einbringen müsse.

In der Rhön gab es 2002 eine Evaluation zum Biosphärenreservat, dabei gaben 62 Prozent ein gestärktes Zugehörigkeitsgefühl zur Region an (weitere 34 Prozent waren unentschieden) und 72 Prozent fanden, dass die Vorteile deutlich überwiegen.

Wanderwege auch in der Kernzone möglich

Rein "technisch" gilt es einige Voraussetzungen zu erfüllen, ehe man sich bei der UNESCO und MAB-Kommission (Mensch und Biosphären-Programm) bewerben kann. Mindestens drei Prozent der Fläche müssen als Kernzone unbewirtschaftet bleiben. Das ist vergleichbar einem Naturschutzgebiet, anders als früher sollen es aber zusammenhängende Bereiche möglichst nicht am Gebietsrand sein. Wanderwege und ihre Pflege sind aber auch da möglich.

Mindestens zehn Prozent sollen als Pflegezone die biologische Vielfalt erhalten. Das sind oft FFH- und Vogelschutzgebiete, wo die Auflagen keine Einschränkung sind. Kern- und Pflegezone sollen zusammen über 20 Prozent ausmachen. In der Entwicklungszone mit mindestens 50 Prozent wird vor allem die nachhaltige Nutzung erhalten und gefördert werden. Das können zum Beispiel schon vorhandene große Landschaftsschutzgebiete sein.

"Alles, was wir in Spessart nicht haben, ist die Kernzone", erklärte Thomas Müller. Davon müssten die Kommunen 20 Prozent bringen, den Rest übernehme der Staat. Zudem müssten alle Kommunen mitziehen, weiße Flecken auf der Karte werde die UNESCO nicht akzeptieren.

Holzrechtler bekommen andernorts Lose zugeteilt

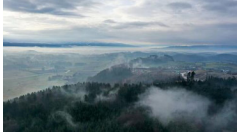
Aus der Versammlung kamen Fragen, wie das mit Holzrechten in der Kernzone sei. Das sei erfahrungsgemäß kein Problem, erklärte Keller. Zwar dürfe dort niemand "Holz machen", den Holzrechtlern würden aber einfach Lose andernorts zugeteilt oder Holz zur Aufarbeitung an abgesprochene Plätze im Wald gefahren.

Ein bisschen war die laufende Machbarkeitsstudie dann doch Thema. So wird es nach den veranstalteten vier Bürgerforen im April eine gemeinsame Bürgermeisterdienstbesprechung der beteiligten Landkreise geben. Auf der Website der Machbarkeitsstudie (www.biosphaere-spessart.de) gibt es neben Informationen auch eine Umfrage.

Die wichtige Schlussaussage des Experimenten lautete: "Die eigentliche Arbeit fängt an, wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt."

Nichts mehr verpassen: Abonnieren Sie den **Main-Spessart-Newsletter** und erfahren Sie zweimal in der Woche per E-Mail, welche Themen Main-Spessart und die Region Untermain bewegen.

Weitere Artikel



WEIMAR

Grünen-Fraktion will natürlichen Klimaschutz vorantreiben



EUSSENHEIM

MP+ Sondengänger stößt auf mittelalterlichen Münzschatz in Eußenheim: 'Wir sind ehrliche Finder und keine Grabräuber!'



ANZEIGE

Podcast Pause im Kopf – Einschalten zum Abschalten – Überall, wo es Podcasts gibt